

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Geheimnis des Fechenbachurteils. Wofür Fechenbach zehn Jahre Zuchthaus erhielt.

Es ist nach dem furchtbaren Fechenbachurteil sofort in weitesten Kreisen des deutschen Volkes ganz richtig empfunden worden, daß durch diesen Richterspruch kein Verbrechen gesühnt, sondern ein politischer Gegner erledigt werden sollte. Nachdem Eisner ermordet worden war, sollte auch sein ergebenster Schüler und ehemaliger Privatsekretär zu Fall kommen; seit den Maitagen 1919 hatte man beobachtet können, wie die bayerische Justiz am Werke war, Fechenbach ins Verderben zu stürzen. Daß Fechenbach im Verlaufe des Januarstreiks 1918 eine hervorragende Rolle gespielt hatte, wurde ihm ebensowenig verziehen, wie es ihm vergessen wurde, daß er während der Eisnerzeit im Ministerium des Äußeren den alten Geheimräten oft recht unbehilflich geworden war. Zu alledem hatte er auch noch den tapferen Kampf des ermordeten Genossen Gareis gegen die separatistischen Rührischen Einwohnerwehren mit journalistischen Mitteln unterstützt und hatte häufig durch seine Tätigkeit als parlamentarischer Berichtserstatter der bayerischen USV. die bayerische Reaktion in peinliche Verlegenheiten versetzt. In den Volksgerichten hat die bayerische Reaktion eine Waffe, deren Zweck es weniger ist, dem Rechte zum Siege zu verhelfen — sie selbst sind ja als verfassungswidrige Institutionen allein durch ihr Dasein schon dauernde Verfündigungen am Recht — als vielmehr politische Aufgaben zu lösen. Auf diese Weise ist auch die Aufgäbe Fechenbachs erledigt worden.

Das Fechenbachurteil wurde in der gestimmten Welt als Fehlurteil empfunden. Auch der Sachverständige Dr. Thimme fühlte in sich die moralische Notwendigkeit, sich vor aller Öffentlichkeit dieser Auffassung anzuschließen. Nichtsdestoweniger schmachtet Fechenbach heute noch im Zuchthaus. Täglich wird unser Rechtsbewußtsein durch die Tatsache verletzt, daß ein Mensch, an dessen Unschuld wir nicht zweifeln können, auf Grund eines Verfahrens, von dem der Verteidiger Justizrat Bernstein sagte, daß es eines zivilisierten Staates unwürdig sei, um Ehre und Freiheit gebracht ist. Die Kritik, die das Urteil in der anständigen Presse fast aller politischen Richtungen erfährt, war nicht mächtig genug, um die Zuchthausstore zu öffnen. Die bewundernswürdige sachlich geschriebene Broschüre des Rechtsanwalts Dr. Hirschberg über den „Fall Fechenbach“ hat zwar viele Gewissen wacherüttelt; die Freilassung und Rehabilitierung des unschuldig Verurteilten hat freilich sie auch nicht bewirkt. Nun nimmt in diesem bisher vergeblichen Kampfe um die Heiligung der „Majestät des Rechts“ der Vorsitzende des Republikanischen Richterbundes, Kammergerichtsrat Freymuth, das Wort. Rechtsanwalts Hirschberg hatte in seinem „Fall Fechenbach“ lediglich einen objektiven, durch sich selbst wirkenden Prozeßbericht gebracht; Kammergerichtsrat Freymuth gibt in seiner Broschüre eine Würdigung jenes Prozesses vom juristischen Standpunkte aus.

Der bayerische Justizminister Gürtner hat bei Gelegenheit der Fechenbachinterpellation im Bayerischen Landtag bemerkt, daß die Kritik an dem Urteil es auf drei Punkte absehe: 1. auf die Frage der Volksgerichte überhaupt, 2. auf das in dem Fall Fechenbach eingeschlagene Verfahren und 3. auf das Urteil selbst. Freymuth macht sich bei seinen Darlegungen diese Gliederung zu eigen. Der kurze Ueberblick über die 4 1/2-jährige Geschichte der Volksgerichte zeigt, wie diese Gerichte ursprünglich nur für wenige, besonders schwere Straftaten (Mord, Totschlag, Minderjährigkeit, Einbruchdiebstahl, Brandstiftung) und nur bei Ersttappung auf frischer Tat zuständig waren. Für politische Straftaten kamen sie anfänglich nicht in Frage. Durch eine Verordnung vom 24. Januar 1919 wurde ihre Zuständigkeit ausgedehnt; jetzt wurden ihnen noch unterstellt: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Landzwang, Bändelbildung, Anreizung zu Gewalttätigkeiten; das Erfordernis der frischen Tat fiel hinweg. Auf Grund der neuen Zuständigkeit hatte sich das Volksgericht nunmehr mit Straftaten zu befassen, denen immerhin schon eine gewisse Härte zukommt. Zu ausgesprochen politischen Ausnahmegerichten wurden die Volksgerichte indes erst durch das „Gesetz über die Einsetzung von Volksgerichten bei inneren Unruhen“ vom 12. Juli 1919, für das die Hauptverantwortung der damalige Justizminister und demokratische Abgeordnete Dr. Müller-Reinigen trägt. Durch dieses Gesetz werden auch Hoch- und Landesverrat den Volksgerichten unterstellt; die Rechtsprechung des Reichsgerichts wurde damit für diese wichtigen Gebiete ausgeschaltet. Das mußte je länger desto mehr um so unerträglicher werden, als die Volksgerichte so eingerichtet sind, daß sie den grundlegenden Gesichtspunkten des normalen Strafprozesses in Kulturstaaten ins Gesicht schlagen. Man denke nur daran, daß für Verhaftungen, Beschlagnahmen und Durchsuchungen so gut wie keine Schranken bestehen, daß eine schriftliche Anklage nicht nötig ist und daß es kein Rechtsmittel gegen das Urteil gibt, keine Berufung, keine Revision,

nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren. Selbst die französischen Kriegsgerichte wahren den Angeklagten bessere Rechtsgarantien. Es ist angefangen des Fortbestandes der bayerischen Volksgerichte unverständlich, woher der bayerische Innenminister Schwenker den Mut nahm, den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik als ein Ausnahmegericht zu bezeichnen, das das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes untergrabe. Freymuth kommt zu dem Schluß: „Seit spätestens den 14. August 1919 ist die ganze Einrichtung ungesetzlich. Weder wird sie durch Art. 10 der Reichsverfassung gedeckt (Kriegs- und Standgerichte) — denn sie sind weder Kriegs- noch Standgerichte —, noch halten sie sich im Rahmen des Art. 48 derselben (Ausnahmestand), noch werden sie durch Art. 178 Abs. 3 (Anordnungen auf Grund bisheriger Gesetze) am Leben erhalten.“ Mit Recht beklagt Freymuth die unmögliche Stellungnahme des Reichsministers Heinze in der Reichstags-Sitzung vom 13. Februar 1923, in der Heinze unverständlich erklärte, daß die Volksgerichte keine Einrichtung seien, die der Reichsverfassung widersprechen. Nachahmenswert erscheint dagegen die Entscheidung des Hamburger Amtsgerichts, das es ablehnte, einem Rechtshilfersuchen des Volksgerichtes Folge zu leisten. Es wäre zu begrüßen, wenn sämtliche außerbayerischen Gerichte dem Standpunkte des Hamburger Gerichts beitreten wollten.

In Hinsicht auf das Verfahren im Fechenbach-Prozess kritisiert Freymuth insbesondere die „durchaus unsachliche und geschickliche Art, in der die Vorschriften über die Öffentlichkeit gehandhabt worden sind.“ Der Ausschluss der Öffentlichkeit soll bewirken, daß das, was geheim ist, auch weiterhin geheimgehalten bleibt. Weder die Erzberger-Dentschrift, noch das Ritter-Telegramm, noch auch das Dasein von Geheimorganisationen waren jedoch zur Zeit des Fechenbach-Prozesses noch Geheimnisse. Es gab nichts mehr zu verheimlichen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit mußte deshalb den Eindruck erwecken, „daß das Verfahren und das Urteil das helle Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.“

Das Urteil selbst verletzt nach der Auffassung Freymuths „in mehrfacher und sehr schwerwiegender Art Recht und Gesetz, Wahrheit und die allgemeine anerkannten Regeln der Logik.“ Schon im Jahre 1920 war Fechenbach wegen Urkundenunterdrückung rechtskräftig freigesprochen worden; das Verfahren wegen Landesverrats wurde damals eingestellt. Das Landgericht erwähnte in seinem Urteil, daß Eisner selbst den fraglichen Urkunden schon zur weitesten Verbreitung verholfen habe. Mitin war die Strafklage verbräutet; das volkgerichtliche Urteil verstößt gegen den anerkannten strafprozessualen Grundsatz: „Ne bis in idem“ (nicht zweimal dasselbe, d. h. der Angeklagte darf wegen derselben Tat nicht nochmals mit einer Straflage überzogen werden.)

Wollte man aber dennoch annehmen, daß sich Fechenbach durch die Weitergabe des Ritter-Telegramms strafbar gemacht habe, so hätte doch unter keinen Umständen vollenbeter Landesverrat angenommen werden dürfen. Bagot hatte im „Journal“ das Telegramm unter Namenszeichnung ver-

öffentlicht; war die Dessenlichkeit Landesverrat, dann war Fechenbach nicht Mittäter, sondern schlimmstenfalls nur Gehilfe. Mittäterschaft konnte bei Fechenbach noch viel weniger angenommen werden als etwa bei dem gleichzeitig verurteilten Werner Tschow, der den Kraftwagen gelenkt, in dem die Mörder saßen, den Mordplan gegen Rathenau mitberaten und sogar die Maschinenpistole in den Kraftwagen gebracht hatte. Der Staatsgerichtshof verurteilte aber den Tschow lediglich wegen Beihilfe zum Mord. Indes durfte die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms überhaupt als Landesverrat gewürdigt werden? Freymuth ist in der Lage, endlich den Wortlaut des mysteriösen Telegramms zu bringen. Es lautet:

Baron Ritter an die bayerische Regierung.

Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Oesterreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat, und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Oesterreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seinen Erklärungen enthält sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panislanismus. Gezeichnet Ritter.

Für die Weitergabe dieses Telegramms an den Schweizer Journalisten Bagot wurde Fechenbach zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein weiteres Jahr Zuchthaus erhielt er wegen seiner Berichte über die Geheimorganisation, so daß er im ganzen 11 Jahre im Zuchthaus sitzen soll.

Jedermann fragt sich, wie die Veröffentlichung dieses Telegramms dem Deutschen Reiche jemals hätte schädlich sein können. Das Münchener Gericht behauptete: Der Papst habe sich in der Zeit vom Waffenstillstand ab für Deutschland bei den Ententemächten verwannt. Er habe sich auch um Milderung der Blockade bemüht. Durch die Telegrammveröffentlichung sei die Tätigkeit des Papstes lahmgelegt worden.

In überzeugender Erörterung zerfasert Freymuth diese geradezu kindliche Konstruktion des Münchener Gerichts; er weist nach, wie das Volksgericht sowohl gegen den Grundsatz: In dubio pro reo (In Zweifel für den Angeklagten) wie überhaupt gegen die gewöhnlichsten Gesetze logischen Denkens verstieß. Wir stimmen ihm zu, wenn er sagt: „Ein solches Urteil wie das Fechenbach-Urteil war überhaupt nur vor dem bayerischen Volksgericht möglich; niemals wäre es von dem Reichsgericht gefällt worden, vor das die Sache von Rechts wegen gehörte.“

Die Schrift Freymuths wird, wie wir hoffen, auch dem Reichssta ein Ansporn sein, sein vielleicht schon allzu lange währendes Stillschweigen zu dem bayerischen Justizmord zu brechen. Dieser Justizmord muß wieder gutgemacht werden, damit niemand daran zweifeln kann, daß wir als ein schwaches Volk Berechtigung nicht nur vom Ausland verlangen, sondern daß wir auch verstehen, ihr innerhalb der eigenen Grenzen Geltung zu verschaffen.

Baldwins Kabinettsbildung.

London, 23. Mai. (Reuter.) Es verlautet, daß die Neubildung des Ministeriums nicht vor Mittwochabend beendet sein wird. Am nächsten Montag vormittag wird eine Sitzung der konservativen Partei abgehalten, in der Baldwin zum Führer der Partei vor Wiederaufnahme der Sitzungen des Parlaments am Montag nachmittag gewählt werden soll. Curzon soll zu dem ersten gehört haben, die anerkannt, daß der Premierminister Mitglied des Unterhauses sein müßte.

London, 23. Mai. (B.L.B.) Die Presse rühmt in ihrer Beurteilung Baldwin vor allem die kaufmännischen Fähigkeiten des neuen Premierministers.

Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge wird die Neubildung des Kabinetts große Schwierigkeiten nicht bereiten, da die meisten der früheren Kollegen Baldwin bereit seien, jetzt unter seiner Leitung zu dienen. Viel hänge von der Haltung Lord Curzons ab. Baldwin und der größte Teil der unionistischen Partei würden gern gehen, wenn Curzon das Amt des Außenministers behalte. Es müsse jedoch anerkannt werden, daß seine Gesundheit nicht allzu gut sei, und daß er daher der Ansicht sein könne, daß die Zeit gekommen sei, wo er die Posten jüngerer Schultern überlassen könne. Sollte Curzon nicht im Amt bleiben wollen, so werde der Posten des Staatssekretärs des Äußeren vielleicht Lord Robert Cecil angeboten werden. Dem Berichterstatter der „Times“ zufolge verlautet weiter, der neue Premierminister sei der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, wo die vollständige Einheit der konservativen Partei wieder eine vollendete Tatsache sein sollte. Es sei daher vollkommen begreiflich, wenn Baldwin Einladungen an gewisse vor-malige Minister ergehen lasse. Es bestche jedoch wenig Aussicht

darauf, daß Birkenhead gebeten wird, der neuen Regierung beizutreten.

Londoner Pressestimmen.

London, 23. Mai. (B.L.B.) Zu der Ernennung Baldwin schreibt „Daily Express“: Keine bessere Wahl hätte getroffen werden können. — „Daily Mail“ sagt, die Wahl werde im ganzen Lande und bei der konservativen Partei sehr volkstümlich sein. — „Morning Post“, derzufolge die Ernennung Baldwin in finanziellen und kaufmännischen Kreisen mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen wurde, schreibt in einem Leitartikel, niemand vererbe das Problem des Tages besser: Die Wiederbeschäftigung der Industrie und der Arbeitslosen Englands. — Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ hebt hervor, daß

Baldwin ein Businessmann

ist und rühmt sein gesundes Urteil, seine Güte, seine Ehrlichkeit und seinen aufrichtigen Wunsch, bessere Verhältnisse im Innern und friedliche und freundschaftliche Verhältnisse nach außen zu schaffen. (Ob diese Weitergabe des Urteils des „Daily Herald“ zureichend stützt, können wir noch nicht wissen — zweifeln aber einigermassen. Red.) — Der Lord George nabehernde „Daily Chronicle“ überschreibt dagegen seinen Leitartikel: Diehards oben auf! — Auch „Westminster Gazette“ schreibt, die Wahl Baldwin sei ein weiterer Triumph für die Diehards und ein mächtiges Hindernis für jedes Wiederaufleben des Gedankens an eine Zentrumsparlei. — „Daily News“ betont, die beherrschende Erwägung war die Überzeugung, daß der neue Premierminister wie seine vier Vorgänger Mitglied des Unterhauses sein müsse. — „Times“ schreibt, der neue Premier habe jetzt eine Gelegenheit, seine Regierung auf eine weitere und stärkere Grundlage zu stellen. Er müßte in der Lage sein, sofort die sinnlose Kluff in der konservativen Partei zu überbrücken. —

*) Das Fechenbachurteil, von Kammergerichtsrat Freymuth, mit einem Vorwort von Dr. Thimme. Verlag Die neue Gesellschaft, Berlin.

„Daily Telegraph“ rühmt die kaufmännischen Fähigkeiten Baldwins. Die Finanzen seien seine stärkste Seite, und die Finanzen seien in diesen Zeiten von überragender Bedeutung. Es würde verhängnisvoll sein, wenn Curzon vom Foreign Office zurücktreten würde, weil er nicht den Gipfel seines Wunsches erreicht habe. Curzons hohes Pflichtgefühl werde ihn sicher in den Stand setzen, seine Verstimmlung über diese Verletzung seiner Eigenliebe zu überwinden, insbesondere, da ein Wechsel im Auswärtigen Amt im gegenwärtigen Augenblick nicht nur für die Regierung sehr unangelegentlich, sondern für die Interessen des Landes sehr nachteilig sein würde.

Woran Curzon scheiterte.

Paris, 23. Mai. (E.) Nach einem Bericht des Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ ist die Ernennung Lord Curzons zum englischen Ministerpräsidenten insbesondere dadurch unmöglich geworden, daß die Arbeiterpartei in einer Erklärung betonte, sie würde einem Mitgliede des Oberhauses unbedingte Opposition machen und alles aufbieten, um eine Auflösung des Unterhauses zu erzwingen.

London, 23. Mai. (E.) Es bestätigt sich, daß die Führer der Konservativen in ihrer ersten Besprechung tatsächlich den Plan aufgestellt hatten, daß Lord Curzon das Auswärtige Amt behalten hätte und zugleich Premierminister gewesen wäre, während Baldwin das Schatzamt weiter geleitet und die Regierung im Unterhause vertreten, d. h. tatsächlich das Amt eines Premierministers ausgeübt hätte. Dieser Plan scheint aber an der Opposition der Arbeiterpartei gescheitert zu sein. Die Führer der Arbeiterpartei hatten sich versammelt und beschlossen, daß, wenn Lord Curzon zum Premierminister ernannt werde, alle politischen Mittel zur Anwendung gebracht würden, um die Auflösung des Unterhauses herbeizuführen. Dieser Beschluß der offiziellen Oppositionspartei scheint die konservativen Führer veranlaßt zu haben, dem König die Berufung Baldwins vorzuschlagen.

Pariser Hoffnungen auf Baldwin.

Paris, 23. Mai. (E.) Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ schreibt: Frankreich nimmt die Nachricht von der Ernennung Stanley Baldwins zum englischen Ministerpräsidenten mit der Hoffnung auf, daß man in ihm einen Freund der Entente finden werde. Man hoffe, daß er die wohlwollende Neutralität Bonar Law in der Ruhrfrage fortsetzen werde, und sogar, daß er Frankreich in seiner Haltung gegenüber Deutschland noch mehr unterstützen werde. Das Blatt schreibt ferner, falls Lord Curzon nicht glauben sollte, der neuen Kombination als Staatssekretär des Auswärtigen weiter angehören zu können, werde das Amt wahrscheinlich Lord Derby angeboten werden. Das wäre Frankreich sehr angenehm, wo Lord Derby mit vollem Erfolge als englischer Botschafter gewirkt habe.

Paris, 23. Mai. (E.) Die Ernennung Baldwins wird in den hiesigen Morgenblättern mit Befriedigung aufgenommen. Stanley Baldwin, so wird betont, sei vor allem ein praktischer Staatsmann, der es wohl verstehen würde, rasche Lösungen für die verschiedenen Probleme zu finden. „Petit Journal“ fügt hinzu: Stanley

Baldwin ist nicht ein Mann, der isoliert, er lege Wert auf die Zusammenarbeit mit Frankreich und in demselben Maße auf eine Verständigung mit Amerika. In den anderen Blättern, wie „Echo de Paris“, wird der Befürwortung Ausdruck gegeben, daß Baldwin nicht großen Einfluss auf die auswärtige Politik haben werde und vielleicht geheime Vereinbarungen zwischen ihm und Lord Curzon getroffen seien, wonach der gegenwärtige Leiter des Foreign Office sich auch weiterhin freie Hand für die Führung der auswärtigen Politik ausbedungen habe. Der „Matin“ glaubt aus diesem Grunde nicht an eine neue Politik Englands im Hinblick auf seine Stellung zu Frankreich.

Harding sagt: Ausgezeichnet.

New York, 23. Mai. (E.) Im Weißen Hause zu Washington wird erklärt: Präsident Harding habe die Ernennung Stanley Baldwins zum englischen Ministerpräsidenten ausgezeichnet genannt.

Paris, 23. Mai. (E.) Wie der hiesige „New York Herald“ aus Washington berichtet, wird dort die Wahl Stanley Baldwins mit Befriedigung aufgenommen. Sie habe sogar im Weißen Hause große Begeisterung hervorgerufen. „Chicago Tribune“ führt aus, der Aufstieg von Stanley Baldwin bedeute eine baldige Regelung der Schuldfrage mit Amerika. In politischen Kreisen wird vorausgesetzt, daß Stanley Baldwin es nicht zulassen werde, daß ein Krieg mit Rußland geführt würde.

Eine versunkene amerikanische Kultur.

„Chicle“ — Jäger — „Chicle“ ist der Gummi des Sapotill-Baumes, einer der wichtigsten Bestandteile des amerikanischen Kaugummis — haben im Land des Mayas, im Gebiet von Yucatan und dem nördlichen Guatemala, mitten im tropischen Gestrüpp die ausgedehnten Ruinen alter Häuser, Terrassen, Pyramiden usw. aus der Blauzeit der Mayas aufgefunden. Von diesem einstmaligen mächtigen Volke sind nur einige wenige dürftige Indianerhorden übriggeblieben, die sich Mayas nennen; nach ihnen ist die versunkene Kultur dieser Griechen der neuen Welt benannt worden. Warum und aus welchen Gründen ihr Reich untergegangen ist, von dem noch bis ins Jahr 905 Spuren zu verfolgen sind, gehört zu den Rätseln der Vorzeit Amerikas, die zahlreicher und zum Teil dunkler sind als die aus der Vorzeit der alten Welt. Die Mayas verfügten über eine genaue Zeitrechnung, die sie nach dem Gange der Gestirne ermittelten; ihre Bauten sind zugleich würdig und schön, ihre politische Verwaltung stand auf hoher Stufe. Durch die Bildnis führten ausgezeichnete Straßen, die heute zum Teil wieder bloßgelegt sind. Sie haben über Vorrichtungen zum Durchbohren von harten Felsen bis zu einer Tiefe von 100 Metern verfügt. Manche ihrer Paläste und Tempel hatten eine Höhe von drei Stockwerken und mehr. Der bis dahin schönste und mächtigste aller dieser Tempelbauten ist der kürzlich entdeckte in den Ruinen von Chichen Itza auf der Halbinsel Yucatan gelegene Castillo- oder Haupttempel, der auf einer 26 Meter hohen stumpfen Pyramide belegen ist. Zu dem Tempel hinaus führen über neue Terrassen Wege, deren einer schlangenförmig gemunden ist und zugleich eine Darstellung des Schutzgottes der Stadt, des gefiedernten Schlangengottes Kukulcan, bildet. Der Kopf befindet sich am Fuß der Treppe, der Körper bildet die gewundene Treppe und der mit einer Klapper versehene Schwanz die Schwelle des Tempels.

Wie die Entzifferung der Hieroglyphen der Mayas ergibt, soweit sie bis jetzt erfolgt ist, forderten in Zeiten der Dürre die Priester dieses Tempels die schönsten Mädchen auf, sich den Regengöttern zu opfern und sich von der Höhe der Tempeltreppe in den großen Opfertisch am Fuß der Pyramiden zu stürzen. Ueberlebte jemand von ihnen den Todessturz und kam an die Oberfläche des Wassers zurück, so wurde er herausgezogen und von den Priestern befragt, was er in der schwarzen Tiefe gesehen hätte: was etwa die Götter für die Menschheit vorbereiteten, ob das kommende Jahr Regen oder Dürre und damit Fülle oder Hunger bringen werde usw. Der Auf dieses heiligen Teiches war weit verbreitet, und von weither strömten die Pilger herbei, ihn zu besuchen, und warfen Tadel-Schnitzereien, kupferne Glocken, Keramiken und Wehrauch als Opfer für die Regengötter in das Wasser. Bedeutsam ist an den neuen Entdeckungen, daß die Mayas ihre Bauten in fünfjährigen Ab-

Die Ruhrdebatte in Paris.

Paris, 23. Mai. (E.) Kammer. Nach einer Pause fährt Abg. Dubois fort. Er hebt die Bedeutung der von der Reparationskommission geleisteten Arbeiten hervor. Die Reparationskommission, deren sich gewisse Alliierte so gerne entledigen möchten, habe die deutsche Schuld erst nach Anhörung der Deutschen und von 32 Sachverständigen in 23 Sitzungen von durchschnittlich je 4 Stunden Dauer auf 132 Milliarden festgesetzt. Dubois glaubte der Kammer den Beweis liefern zu müssen, daß

die Reparationskommission nichts versäumt

habe, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen heranzuziehen. Er spielt auf gewisse Schwierigkeiten an, die die Reparationskommission bei gewissen Regierungen gefunden habe, und erwähnt, daß kurz vor der Konferenz von Cannes der englische Delegierte in der Reparationskommission ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß von England neue Schwierigkeiten zu erwarten seien. In Cannes sei infolge der Demission des Kabinetts Briand alles in der Schwebe geblieben. Lord George habe damals die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland angetragen, aber die Reparationskommission, die bereits im Dezember 1921 ein darauf gerichtetes deutsches Ersuchen mit einem Ultimatum beantwortet habe, habe sich von ihrer ursprünglichen Haltung nicht abbringen lassen. Der Redner gibt dann eine ziffermäßige Aufstellung der Leistungen Deutschlands bis zum 31. Dezember 1922. Die von ihm angeführten Zahlen stehen jedoch in Widerspruch zu den heute von der Reparationskommission veröffentlichten Ziffern (vgl. unsere heutige Frühausgabe, Red.). Dubois behauptet, Frankreich habe nach Abzug der Okkupationskosten nur 143,6 Millionen Goldmark erhalten. Da es seinerzeit Deutschland auf Grund des Abkommens von Spaan 180 Millionen vorgeschossen habe, habe es 35 Millionen mehr bezahlt, als es von Deutschland erhalten habe. Ein Zwischenruf des Abg. Daudet, das sei die

Schuld des Kabinetts Briand, das dafür vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden müsse,

gibt Anlaß zu lärmenden Unterbrechungen. Dubois, der nach dem Haasbericht seit einiger Zeit Anzeichen von Ermüdung zeigt, fährt fort, man könne dennoch sagen, daß Frankreich von Deutschland so gut wie garnichts erhalten habe. (Heiterkeit und ironische Zwischenrufe auf der Bank, die den Redner in Erregung bringen.) Frankreich, fährt Dubois fort, habe nicht nur Deutschland, sondern auch einigen seiner Alliierten gegenüber genügende Beweise seiner Geduld gegeben. Es sei vollkommen in seinem Recht gewesen, als es sich zu Sanktionen entschlossen habe, zu denen die

verdräckerische und wortbrüchige Haltung Deutschlands

Veranlassung gegeben habe, auch wenn es ohne die Zustimmung sämtlicher Alliierten zur Beschlagnahme von Pfändern geschritten sei. Die französische Regierung habe damit nicht nur ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Lande, sondern auch gegenüber der ganzen Welt erfüllt. Das verdräckerische Deutschland müsse zumindest einen kleinen Teil der Pariser Verpflichtungen erfüllen. Die Annahme der von der Regierung geforderten Kredite müsse Deutschland zeigen, daß Frankreich nun am Ende seiner Geduld und entschlossen sei, das Pfand, in dessen Besitz es sich gesetzt habe, zu behalten, bis es bezahlt sei.

Abg. Margaine beginnt mit längeren Ausführungen über die Frage, welche materiellen Ergebnisse die Besetzung des Ruhrgebietes haben könne. Er weist nach, daß der Betrieb des Eisenbahnetzes im Ruhrgebiet durch die französisch-belgische Regie praktisch unmöglich sei. Deutschland habe im Ruhrgebiet allein 65 000 Eisenbahnbeamte gehabt. Wenn man bedenke, daß die französische Nordbahn nur 33 000 Beamte beschäftige, so könne man sich

keine Illusionen

über die Ergebnisse des Eisenbahnbetriebs an der Ruhr machen. Im Gegensatz zu den offiziellen Rundgebungen schätzt der Redner das Höchstmaß der Kohle, die die Okkupationsbehörde aus dem Ruhrgebiet abfahren könne, auf 20 000 Tonnen täglich. Margaine gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die französische Regierung die Kammer über ihre wahren Absichten unterrichten werde und sich nicht wieder hinter irgendwelche „diplomatischen Notwendigkeiten“ verschansen werde. Poincaré unterbricht: „Sie werden von mir hoffentlich nicht erwarten, daß ich diese Absichten auf diesen Wege zur Kenntnis Deutschlands bringe.“ Margaine fortsetzend: Was das Land wissen will, ist, daß dem Krieg endlich ein Ende gemacht wird, derart, daß Frankreich sich wieder der friedlichen Arbeit widmen kann, sobald es bezahlt ist und seine Sicherheit gefunden hat. Auf eine Anspielung des Redners auf den von dem Präsidenten der Finanzkommission Dariae erstatteten Geheimbericht erwidert Poincaré, Dariae sei

niemals von der Regierung mit irgendeiner Mission betraut worden. Dariae erklärt, sein Bericht habe keinerlei Geheimnisse enthalten. Der Bericht sei sowohl an die Mitglieder der Finanzkommission wie an diejenigen der Armeekommission und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten verteilt worden. Dariae schließt seine Ausführungen mit der Forderung, daß die Regierung sich eingehend darüber äußere, was sie zu tun gedenke. Die Fortsetzung der Debatte wird darauf auf Donnerstag vertagt.

Höllein im Sazarett.

Paris, 23. Mai. (E.) Der deutsche kommunistische Abg. Höllein und der Kommunist Inzi, die seit Anfang Mai im Hungerstreik stecken, wurden gestern abend in das Hospital überführt, da ihr Gesundheitszustand zu Besorgnissen Anlaß gab.

Die Dortmunder Krawalle.

Nach den zur Stunde vorliegenden Meldungen bürgerlicher Telegraphenagenturen scheinen die Kommunisten im Ruhrgebiet energisch an der Arbeit zu sein, allerhand neue Unruhen anzuzetteln. Mögen auch in den Berichten der Agenturen einzelne Uebertreibungen sein, so kann man doch wohl nicht bezweifeln, daß die Kommunisten und ihre gerade im Ruhrgebiet in lauter einzelne Gruppen zerfallene Anhänger ihre gewohnte Arbeit der Zerspaltung vorziehen. Die Vorgänge in Dortmund zeigen zur Genüge, was von den dauernden Versäuerungen der kommunistischen Zentrale, sie habe aus der Märzaktion gelernt und werde in Zukunft jede putschistische Sonderaktion zu verhindern wissen, zu halten ist. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß im Ruhrgebiet bei den Kommunisten alles drunter und drüber geht. Die Dortmunder Organisation der KPD. unter der Führung des jetzt als Vertrauensmann der extremen Opposition in die Zentrale gewählten König gehört sowieso zum äußersten linken Flügel und ist von den Unionisten und KPD-Diskern kaum zu unterscheiden. Diese ständigen Sonderaktionen führen natürlich nur zur vollkommenen Zerspaltung, zur Vahmung der gewerkschaftlichen Arbeit der proletarischen Massen, die gerade im Ruhrgebiet auf festen Zusammenhalt angelegt der französischen Belagerung angewiesen sind. Trotzdem die Kommunisten den Mund sehr voll nehmen und sich immer gegen jedes Verhandeln mit Frankreich aussprechen, dient ihr ganzes Treiben ausschließlich den Bestrebungen des französischen Militarismus, der diese Unruhe für seine Zwecke ausnützt. Die ganze sogenannte „Einheitsfrontpropaganda“ dieser Leute besteht nur in der systematischen Zerstörung der Arbeit der Arbeiter zu wehren wissen wird. Bisher liegen heute folgende Meldungen vor.

Dortmund, 23. Mai. (E.) Gestern spät abends kam es nochmals zu Feuerkämpfen zwischen Postkisten und einer bewaffneten Hundertschaft auf der Zeche Scharnhorst, wo zum Teil gearbeitet wurde. Die Angreifer eröffneten das Feuer auf die blaue Polizei, die es erwiderte. Von den Angreifern erhielt einer einen Brustschuß, ein anderer einen Beinschuß. Darauf zog die Hundertschaft wieder ab. — Auf der Zeche Tremonia war heute morgen die Besetzung eingezogen. Bis gestern abend sind 24 Verwundete in die Krankenhäuser eingeliefert worden.

Am Laufe des Nachmittags fanden verschiedene Besetzungsvorstellungen statt. Die auf 5 Uhr angelegte Versammlung am Friedensbaum konnte nicht stattfinden, da der Wind die Saaldecken nicht öffnete. Darauf zogen die Massen zum Hansplatz. Die Versammlung war überfüllt. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug, der nach dem Norden zog und in die Steinstraße ablenkte, um die Polizeiwache zu entmannen. Von dem in der Nähe befindlichen Steigerturm des Viehmarktes aus wurde ein Sturmangriff (!) auf die Wache unternommen. Die Polizei gab Feuer und die Menge zog sich zurück. Wieviel Personen verletzt worden sind, konnte bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden, da die Demonstranten die Verwundeten mitnahmen. Wie verlautet, sollen auch Tote zu verzeichnen sein. Ein Polizeibeamter wurde schwer verletzt, andere erlitten leichtere Verletzungen.

Das Publikum applaudierte. Der Verfasser konnte am Schluß erscheinen. In der bei allen Unzulänglichkeiten offenbar mit Fleiß und Sorgfalt vorbereiteten Aufführung waren die männlichen Hauptrollen, Cäsar und Antonius, durch die Herren Bode und Braml, die weiblichen, Kleopatra und Livia, durch die Damen Bogs und Watan annehmbar vertreten.

Ein Schachturnier mit lebenden Figuren. Am Pfingstsonntag wurde in Compiègne eine Schachpartie, bei der die Figuren durch Menschen dargestellt wurden, zwischen dem französischen Amateurschachmeister André Muffong und dem Belgier Capablanca, Sape, gespielt. Jede Figur wurde dabei durch einen Mann oder eine Frau in mittelalterlicher Tracht verkörpert, wobei die Hauptfiguren mit entsprechendem Gefolge auftraten. Der König war von einer Schär Hofleuten umgeben, während die Königin von ihren Hofdamen und einer Waage von Bogenschützen begleitet war. Den Büauern standen Priester zur Seite; Färne und Springer waren von bewaffneten Kriegern umgeben. Nur die Bauern standen als Einzelfiguren im Felde. Jeder Zug wurde durch einen Trompetenschlag angeündigt, worauf ein berittener Waffenherr durch das Feld sprengte, das des Schachdritten darstellte und der betreffenden Figur den Platz anwies, den sie einzunehmen hatte. Wenn ein Bauer genommen werden sollte, so wurde er von einem Bogenschützen verhaftet und abgeführt.

Zunahme der Herzkrankheiten. Bereits im März 1920 hatte der Rechenschaftsbericht der Metropolitan-New-Yorker Lebensversicherungsgesellschaft an Hand der Untersuchungsprotokolle der amerikanischen Versicherungsärzte auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß die Zahl der in den Vereinigten Staaten an Herzkrankheiten aller Art leidenden Personen auf mehr als 2 Millionen Patienten zu schätzen ist. In den folgenden beiden Jahren haben sich die Verhältnisse noch weiter verschlechtert. Denn nach den Ziffern der im Bericht vom Februar 1922 veröffentlichten Statistik weist in den Vereinigten Staaten und Kanada im Januar 1922 die Sterblichkeit an Herzkrankheiten das Verhältnis von 137,2 auf 10 000 Einwohner gegen 127,7 im Jahre 1921 auf. Wie der Bericht dazu ausführt, hat der Weltkrieg in den an ihm beteiligten Ländern die Disposition für Herzkrankheiten gesteigert.

Das Photogrammarth. Das von Professor Stumpf in Gemeinschaft mit Professor von Hornbalt im Oidnologischen Institut der Universität vermittelte wurde, ist als staatliche Einrichtung der Hochschule für Kunst angegliedert. Prof. Hornbalt hat die Leitung übernommen.

Der Deutsche Philologenverband trat Dienstag in Würzburg zu seiner Tagung zusammen. An der Tagung nahmen die Vertreter von 20 000 akademisch gebildeten Lehrern teil, um über wichtige Fragen der höheren Schule zu beraten. Der allem ist es das Problem des Aufbaues der Schule, das die Versammlung beschäftigten wird.

Eine Vakuummarke. Die neuen französischen Marken, die demnächst ausgeben werden, sehen in verschiedenen Werten den Kopf des großen französischen Heldenkämpfers Voltaire. Die neuen Marken, die in Grün, Rot und Blau gedruckt sind, werden in 10, 20 und 50 Centimeswerten ausgegeben. Der kleinste Wert, der von 25 Centimes, bleibt unverändert. Die Veranschaulichung erfolgt in Photogrammen. — Leider hat man sich in der Deutschen Republik nicht entschließen können, auch nur einige der neuen Marken mit den Köpfen großer Deutschen zu geben.

ständen errichteten und in ihnen gleichzeitig in Stein gehauene Kollender darstellten. Zu den schönsten und bedeutungstiefsten Bildnissen in Chichen Itza gehört die Darstellung von Hum Kax, dem Herrn der Ernten, der Korn sät, das er mit der Rechten ausstreut, während die Linke den Saak hält, dem er die Lusaat entnimmt. Sein Kopfschmuck stellt eine filifizierte Granne dar. Ihm zu Füßen liegt ein großer Kopf, der als die Mutter Erde zu deuten ist, die das Korn aufnimmt, das sie befruchtet soll. Am sonderbarsten berührt die in einer Tempelsäule befindliche Darstellung einer Frau, die einen Globus auf dem Rücken trägt und an den Globustragenden Atlas erinnert. Ob daraus zu schließen, daß der Mayo-Kultur mit ihrer hochstehenden Astronomie bereits die Kugelgestalt der Erde bekannt gewesen ist, muß erst noch ermittelt werden. Drei von der Carnegie-Stiftung finanzierte Forschungs Expeditionen arbeiten an der weiteren Entzifferung der Mayo-Hieroglyphen; aber es dürfen noch Jahrzehnte vergehen, bis alle Geheimnisse der Mayo-Kultur gelöst sein werden.

„Julius Cäsar und seine Mörder“, von Martin Langen. Der Name des Verfassers, eines bekannten Verlegers, der sich auch auf dem Gebiet des modernen Dramas wiederholt und nicht ohne Erfolg versucht hat, mag es erklären, daß diese unregelmäßig, vor langen Jahren geschriebene Römertragödie den Weg ins „Theater in der Kommandantenstraße“ gefunden hat. Sie hebt sich über die große Masse der sonstigen, grobenteils ungedruckten Pulvischlammenden Epigonen-Literatur, bei der Anregung durch klassisch-musikalische und die Bedeutsamkeit historischer Aktionen die Stelle der Inspiration vertritt, nicht hervor. Shakespeares unvergeßliches Cäsar-Drama wird mit Beihilfe Kleopatras, der berühmten ägyptischen Königin, mit der Cäsar einst heimkehrte, und durch höchst verzwickte Intrigen des Marc Anton umfächert, ohne daß sich ein treibender Grund dafür erkennen ließe. Daß der sehr gealterte Imperator von der Regentin, die der Verfasser für seine Zwecke nach Rom zitiert, nichts mehr wissen will, erfüllt diese mit solchem Jörn, daß sie durchaus nach seinem Blut verlangt. Antonius, der Freund und Günstling Cäsars, den die Verschworenen fürchten, muß ihr schwören, den Anschlag nicht zu hindern. Der Lohn dafür wird ihre Liebe sein. Ist Cäsar einmütig tot, so soll Antonius selbst die Krone sich erobern. Die Bergabstimmung des Historischen führt zu Verrentungen von teilweise dummer Art. So versammeln sich die Verschworenen vor ihrer Lat in Kleopatras Gemächern; sie hält ihnen einen Vortrag und erzwingt sich, um Augenzeuge von Cäsars Tod zu sein, den Eintritt in die Sitzung des Senats. Antonius führt seine Doppelrolle durch und vollbringt mit seinen Redekünsten noch ganz andere Wunder als in der großen Volkszene des Shakespeare. Der Wankeimut der Massen wird überreizend torisiert. Cäsar selbst straft in der Glorie des Mannes, der allein die Kraft besitzt, Rom noch zu retten. Livia, des Antonius junge Gattin, ist von des Imperators Größe so begeistert, daß sie, als sie von dessen Ermordung und von der Mitleidenschaft ihres Mannes erfährt, sich nach vielen Flüchen den Dolch ins Herz stößt.

Der Hamburger Kongress.

Die Reaktion in Rußland und Italien.

Hamburg, 23. Mai.

Vorsitzender Ballhead (England) eröffnet gegen 10 Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß nach einem Schreiben der Sozialrevolutionären Partei Rußlands die von ihr gewählten Vertreter zu dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress nicht erscheinen können, da sie zum Tode verurteilt, von der russischen Regierung in Gefängnis festgehalten werden. Ferner wird ein Schreiben der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei verlesen, nach dem auch deren Delegierte durch das Horthy-System an ihrem Erscheinen in Hamburg verhindert sind. Als zweiter Referent zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Der Kampf gegen die internationale Reaktion“ nimmt das Wort

Abrahamowitsch-Rußland

Das Schicksal der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt wird vielleicht auf Jahrzehnte hinaus von der Entwicklung der Kräfte in Rußland beeinflusst werden. Das russische Problem ist schon längst eine Angelegenheit des internationalen Proletariats geworden. Wir haben in Rußland vor der Revolution ein feudales Land gehabt. Jetzt ist der Feudalismus vernichtet. Die Bauernmasse besteht jetzt aus lauter kleinen freien Eigentümern. Der überaus mächtige Kapitalismus, der vor dem Kriege existierte, ist verschwunden. Wir haben aber jetzt eine neue bürgerliche Kapitalistenklasse von Fabrikanten. Die bolschewistische Partei, die 1917 die Macht an sich gerissen hatte, hatte sich bekanntlich zum Ziele gesetzt, ein kommunistisches Gemeinwesen zu errichten. Sie wissen, was aus diesen Plänen der Sowjetregierung geworden ist! Statt einer klassenlosen Gesellschaft haben wir jetzt wieder eine privatkapitalistische Gesellschaft mit verschiedenen Klassen. Eine Revolution mit solchen praktischen Ergebnissen müssen wir eine bürgerliche nennen. Jedenfalls ist es

eine mißlungene proletarische Revolution.

Die Kommunisten suchten ihre Ziele durchzusetzen mit Hilfe einer gewaltigen Diktatur. Das Resultat ist eine kolossale Vernichtung von Produktionsmitteln. Die Landwirtschaft ist auf 50 bis 60 Proz. der Produktion vor dem Kriege gesunken, die Industrie auf etwa 18 Proz.! Wir hatten vor dem Kriege in Rußland eine starke Arbeiterklasse, jetzt sind nach den Angaben Trozki höchstens 3 bis 4 Millionen Arbeiter in Rußland beschäftigt. Das bedeutet eine Verminderung der Arbeiterklasse um 50 Proz. (Hört, hört!) Das Bauerntum herrscht in Rußland. Der Einfluß der Arbeiterklasse ist ungeheuer vermindert. Der Rückzug der Bolschewisten in ihrer Politik ist infolgedessen nur ein reaktiver, als sie wohl den Handel und die kleine Industrie freigegeben haben, aber die großen Betriebe in den Händen des Staates behalten. Außerdem ist der Grund und Boden in den Händen des Staates. Mit diesen beiden Machtfaktoren neben der Diktatur der Sowjetregierung und Roten Armes hofft Trozki trotzdem noch, den Sozialismus in Rußland durchsetzen zu können. Trozki hat auf dem letzten Kongress der Bolschewisten vor einigen Wochen selbst festgestellt, daß das, was 1922 produziert worden ist, mit kolossalem Defizit produziert wurde. Es sei überhaupt nicht festzustellen, ob mit Gewinn oder mit Defizit gearbeitet worden ist! Die Staatsbetriebe arbeiten nach den eigenen Angaben Trozki mit unrichtigen Kalkulationen. (Hört, hört!) Staatsbetriebe in Zweigen, die unter dem privatkapitalistischen Regime großen Gewinn gemacht haben, arbeiten mit großem Defizit und sind nicht konkurrenzfähig gegenüber der Privatindustrie. Gegenüber den landwirtschaftlichen Produkten sind die Produkte aus den industriellen Staatsbetrieben zwei bis dreimal teurer. Die Schuld liegt nach den Angaben Trozki, Benins und nach einer offiziellen Untersuchungskommission darin, daß der Staatsapparat zu teuer arbeitet. Wir haben in Rußland bekanntlich nach der Verfassung

das Räteystem, die „ideale Arbeiterdemokratie“.

Sich weiß, daß es viele Genossen im Umstande gibt, die die geschilderte russische Verfassung für die ideale halten. Aber in Wirklichkeit liegt es so, daß wir in Rußland eine despotische Diktatur der kommunistischen Partei haben. Das wäre auch nicht entscheidend, aber die Hauptsache ist, daß die Räte, die Sowjets, gar nicht existieren. Kein Arbeiter, der nicht Mitglied der kommunistischen Partei ist, hat das Recht, etwas frei zu sagen, zu schreiben, noch eine Versammlung abzuhalten. Es ist in Rußland jetzt keine andere Presse möglich als die kommunistische, keine anderen Versammlungen werden gebildet als kommunistische. Wer sich sonst ein freies Wort herausnimmt, wird eingekerkert. Und nicht einmal innerhalb der kommunistischen Partei existiert Redefreiheit. Keine andere als Rosa Luxemburg hat schon 1918 glänzend dargelegt, wozu diese Entwicklung führen muß; sie schrieb: „Wenn wir in Rußland die Demokratie vernichten, so vernichten wir damit auch das Sowjetystem. Wir vernichten die lebendigen Quellen, aus denen die Arbeiterklasse emporwachsen kann.“ Einer der angehenden Kommunisten hat sehr richtig gesagt: „Es ist leichter, mit Hilfe von Kavallerie einen Staat zu erobern als einen Genossen großzuziehen.“ Die unbefruchtete Staatsbureaucratie, eine allmächtige Geheimpolizei und die Rote Armee, die immer stärker wird, sind die Säulen, auf die sich das jetzige Regime stützt. Das Bauerntum wird bereits von der neuen kapitalistischen Klasse untergeordnet, das jetzt sich in der kolossalen Abnahme der kommunistischen Bauernmitglieder äußert.

Gibt es einen Ausweg aus dieser Lage? Wir denken nicht an irgendeine Intervention von außen, die gestern hier einstimmig abgelehnt wurde.

Ein Ausweg

wäre nur möglich, wenn wir durch die innere Kraft der russischen Arbeiter und der revolutionären Bauern den Einfluß jassen und durchführen könnten, auf das System der Diktatur zu verzichten und auch in Rußland zur Demokratie überzugehen. Wir können die kapitalistische Entwicklung in Rußland nicht aufhalten, aber wir können an Stelle eines despotischen Kapitalismus, der in Rußland zu nichts anderem führen könnte als zum Bonapartismus, einen demokratischen Kapitalismus setzen, der zwar auch keine Verwirklichung der Ideale der Arbeiterklasse wäre, aber doch ein Boden, auf dem eine freie, entwicklungsfähige Arbeiterbewegung emporwachsen könnte, die uns den wirtschaftlichen Aufschwung bringen würde und Rußland in eine Demokratie verwandeln könnte. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Towarisch Janus.

Die „Rote Fahne“ von heute, Mittwoch früh, erinnert an den berühmten Tempel des altrömischen zwiflügeligen Gottes, dessen Namen ja auch heute in dem Redaktionslokal der Moskafahne fortlebt. Wie immer Janus einerseits ein friedliches Gesicht und andererseits eine kriegerische Miene machte, so bringt das Janusblatt heute auf der ersten Seite ein Schreiben, in dem ein fromm kommunistischer „Ant. Wilsonsausflug“ geg. Kriegsgeschichte und Faschismus“ das Präsidium des Hamburger Internationalen Sozialistenkongresses brüderlich mit „Werte Genossen!“ anredet; auf der Beilage desselben Blattes aber schreibt H. R. über denselben Hamburger Kongress unter der Überschrift „Die schwarzen Gelben Faschisten“, als welche noch ganz besonders eine Anzahl Teilnehmer des Kongresses benannt werden.

Was soll da so ein einseitiger „Fahne“-Leser denken, der die höheren Reichen des Moskauer Jesuitenordens noch nicht empfangen hat: Wie, die Kämpfer gegen den Faschismus nennen Faschisten ihre wertigen Genossen? Wir fürchten, es wird heute manchmal brave Towarisch etwas benommen herumgehen und den verschwiegenen Stoffhafter tun: „Ich verstehe die Welt nicht mehr, ich komme mich nicht mehr aus!“

Die neuen Spiel- und Sportplätze.

Die Spiel- und Sportplatzflächen von Berlin, verglichen mit denen anderer Großstädte, stehen der Größe nach an letzter Stelle. Die Spiel- und Sportplatzfläche pro Kopf der Bevölkerung beträgt: Mannheim 4,7, Altona 3,0, Lübeck 2,5, Hannover 2,05, Breslau 1,6, Magdeburg 1,5, Kiel 1,5, München 1,25, Dortmund 1,2, Halle a. d. S. 1,18, Frankfurt a. M. 1,1, Bonn 1,0, Köln 0,96, Bochum 0,9, Braunschweig 0,9, Leipzig 0,9, Barmen 0,8, Dresden 0,5 Königsberg 0,5, Berlin 0,4 Quadratmeter pro Kopf.

Sehr verschieden ist nun die Spielplatzfläche pro Kopf der Bevölkerung, wenn man die Berliner Bezirke miteinander vergleicht. Hiernach stehen Steglitz (1,22 Quadratmeter pro Kopf), Lichtenberg (1,57 Quadratmeter pro Kopf) am günstigsten. In den Innenbezirken 1 bis 6 sind es nur 0,1 Quadratmeter pro Kopf, während die übrigen Bezirke alle unter ¼ Quadratmeter pro Kopf Spielplatzfläche zurückerhalten. Dabei ist die Spielwiese Treptow nicht einmalt bei Treptow mitgerechnet, sondern den Innenbezirken zugute gerechnet. Auch hier zeigt sich also, daß in der Mehrzahl der Bezirke auch nur etwa ein Sechstel desjenigen Raumes an Spielplätzen vorhanden ist, der unbedingt geboten wäre. Nord- und Süddeutschland stehen in dieser Beziehung schon heute viel günstiger da. Die weitest Entfernung der Berliner Peripherie muß durch eine reichliche Anlage von Spielplätzen ausgeglichen werden. Die Anlage von Spielplätzen im Stadlinnern ist selbstverständlich sehr schwierig, weil die Freiflächen fehlen. Deswegen muß man in Außenbezirken Spielwiesen anlegen, die sowohl von den Bewohnern der Außenbezirke

Achtung! - Parteigenossen!

Sonntag, 27. Mai, findet in Berlin im Anschluß an den Hamburger Weltkongress eine Große internationale Kundgebung statt. Es werden Redner aus den verschiedenen Ländern sprechen. Nähere Mitteilungen folgen. Der Bezirksvorstand Groß-Berlin.

reichlich besucht werden können, und die andererseits auch von den Innenbezirken aus leicht zu erreichen sind.

Der neue Sportplatz Hippodrom bringt den Bezirken Tiergarten, Wilmersdorf, Schönberg, Charlottenburg einen Zuwachs an Spielflächen von rund 33 000 Quadratmetern und wird etwa 490 000 Einwohnern Gelegenheit zur sportlichen Betätigung geben. Der dicht besiedelte Nordwesten und Norden erhält drei neue Anlagen: Volkspark Jungfernheide, Volkspark Schönholzer Heide und Sportplatz Scharnweberstraße. Der Nordosten erhält die Volksparkanlage am Faulen See, die mitten im Bezirk Weihensee für 54 000 Einwohner angelegt wird. Im Südosten werden die Moormiesen in der Wuhheide, die eine Verbindung zwischen Wuhheide und Treptower Park herstellt, zu einem Volkspark ausgebaut. Rund 220 000 Quadratmeter Spielflächen sollen hier gewonnen werden für etwa 126 000 Einwohner. Der Volkspark Hasenheide mußte noch zurückgestellt werden, da die hohen Kosten und Schwierigkeiten bei dem Erwerb des Geländes es gebieten. Schöneberg erhält den Dominicusplatz, Steglitz den Platz Ringstraße, und Wilmersdorf den Platz Reinerzstraße. Schließlich wird noch am Bahnhof Eichkamp eine 208 000 Quadratmeter große Fläche geschaffen, hauptsächlich als Uebungs- und Wettkampfstätte für die im Westen beheimateten Sportvereine.

Der städtische Sportplatz in Brühl ist in niederträchtiger Weise beschädigt worden. Es wurden sämtliche Fensterläden der Umkleidekabine mit Gewalt aufgebrochen, Baumstäbe und Warnungstafeln gestohlen, große Teile von den Kastanienbäumen abgerissen. Die Täter sind erfahrungsgemäß stets halswändige. Solche Verführungswort ist besonders bedauerlich in einer Zeit, in der alle Kräfte am Werke sind, Spiel- und Sportplätze für die Jugend zu schaffen.

Die verschwundenen Gläser.

Ein Dummerjungenstreich.

Durch welche nichtigen Dinge jemand nicht nur seine Stellung verlieren, sondern auch noch eine Anklage wegen Diebstahls sich zuziehen kann, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Wedding. Der Eisenbahnwärter Bruno A. hatte sich unter der Anklage des Diebstahls zu verantworten.

Der 23jährige junge Mann, der bei der Eisenbahnverwaltung tätig war, hatte eines Tages mit zwei Altersgenossen im Bahnhofsrestaurant des Stettiner Bahnhofs gezecht. Am Büfett hatte ihnen die jugendliche Büfettbedienten Schnaps kredenz und nachdem mehrere Bogen getrunken waren, beschloßen die drei jungen Leute im Uebermut, der Dame einen kleinen Streich zu spielen und sie zu ängstigen. Als sich das Fräulein einen Augenblick entfernt hatte, steckten sie die drei Gläser ein und gingen davon. Die junge Dame war bei der Rückkehr sehr erstaunt, daß nicht nur die Gläser, sondern auch die Gläser verschwunden waren. Sie war sehr beunruhigt, da sie die Gläser, die jetzt in ziemlich hohem Preis stehen, ersetzen mußte. Sie suchte den Angeklagten in seinem Bureau auf und dieser gab die beruhigende Antwort, daß die Sache nicht so schlimm sei, da es sich nur um einen Scherz handele, und daß sie die Gläser wiederbekommen würde. Die Sache hatte aber schon eine üble Wendung bekommen, denn es war bereits von dem Gastwirt Anzeige erstattet worden, die bewirkt hatte, daß der Angeklagte sofort seines Postens enthoben wurde und überdes sich nun noch wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Auf Befragen von R. A. Dr. Schmidt mußte die Büfettbedienten, Fräulein St., zugeben, daß sie bereits dem Vorsitzenden des Betriebsrates, der im Interesse des jungen Mannes handelte, die Erklärung abgegeben hatte, daß sie die Sache nur als einen Dummerjungenstreich betrachte hätte. Da die Zeugin dies auch vor Gericht bestätigte, waren Staatsanwalt und Verteidiger mit dem Gericht der Meinung, daß die Sache zwar ein dummer Streich gewesen sei, aber noch immer nicht das strafbare Vergehen eines Diebstahls enthalte. Das Gericht kam daher zu einer Freisprechung. Der Verteidiger bat um schriftliche Ausfertigung des Urteils, da er versuchen will, die Wiedereinstellung des Angeklagten bei der Bahn zu erreichen.

Feuer im Luftschiffhafen in Staaken.

Am Dienstagmorgen wurde die Spandauer Berufsfeuerwehr nach den Zeppelin-Works in Staaken gerufen. Als sie an der Brandstelle ankam, stand die früher zu den Zeppelin-Works gehörende chemische Fabrik, in der jetzt Beleuchtungsgegenstände — Wunderkerzen für Weihnachtsbäume usw. — hergestellt werden, in solcher Ausdehnung in Flammen, daß sofort mit zwei D- und zwei C-Rohren von Motorspritzen kräftig Wasser gegeben werden mußte. Um die angrenzenden Zeppelin-Works zu schützen, wurden von Branddirektor Kreiß alle Vorsichtsmaßnahmen schnellstens getroffen und so durchgeführt, daß in der sechsten Stunde jede Gefahr beseitigt war. Die Entstehungsurache war nicht mehr

festzustellen. Als die Feuerwehr erschien, war der Brand schon über seinen Herd hinaus. Der Schaden soll erheblich sein. — Die Lichterfelder Feuerwehr wurde wegen eines großen Dachstuhlbrandes nach dem Hindenburgdamm 97 gerufen. Sie mußte unverzüglich von 5 Uhr an mit mehreren Schlauchleitungen löschen, um des gefährlichen Feuers Herr zu werden. Der Schaden soll sich wie bei dem Dachstuhlbrand in der Dandelmannstraße 44 auf viele Millionen Mark belaufen. Angeblieh soll Brandstiftung vorliegen.

Die Mutter um 5 Millionen Mark bestohlen.

Seine Mutter hat ein 22 Jahre alter Erwin Lippmann aus der Magdalenenstraße um 5 Millionen Mark bestohlen. Der junge Mann hält sich schon seit einem halben Jahre von der elterlichen Wohnung fern und pflegt sich an den Bahnhöfen herumzutreiben. Nur ab und zu kommt er noch zu den Eltern. Lippmann wußte nun, daß seine Mutter von einer Reise zurückkehrte. Er erwarb sie am Schlesischen Bahnhof und erbot sich, ihr den Koffer nach Hause zu bringen. Während die Frau im Innern eines Straßenbahnwagens Platz nahm, stellte sich der mifratene Sohn mit dem Koffer auf die vordere Plattform. Kurz vor der Brückenstraße sprang er ab und verschwand mit dem Koffer, der für 5 Millionen Mark Wäsche, Damenschleier, Stiefel und anderes enthielt. Der Flüchtige, der ohne Zweifel verurteilt wird, seine Beute möglichst bald zu Geld zu machen, trägt einen Regenmantel, eine Mütze, ein graues Jackett und eine dunkle Hose. Mitteilungen zu seiner Ergreifung nehmen die Kriminalpolizei des 13. Reviere und Kriminalkommissar Gennat im Polizeipräsidium entgegen.

Ein doppelter Entschluß erlebten zwei Einbrecher, Karl Ratz und Wilhelm Stein. Sie hatten es auf die Registrierkasse eines Spaltbeters in der Residenzstraße zu Revidendorf abgesehen. Sie brannen mit Nachschlüssel ein, fanden aber nichts in der Kasse. Vor dem Zutritt zum Koffer schloß sie mit einem Stein die Schaulensterscheibe. Die leere Registrierkasse luden sie auf einen mitgebrachten Handwagen, um sie zu verkaufen. Auf dem nächtlichen Heimwege aber fielen sie mit ihrem Transport einer Streife der Schuppolizei auf, die sie festnahmen. Am nächsten Morgen wurde der Einbruch entdeckt und die Herkunft der Kasse festgestellt.

Im Krankenhaus Bethanien sind kürzlich mehrere Kästen Krankengeschichten gestohlen worden. Wegen des hohen wissenschaftlichen Wertes wird dringend um Rückgabe gegen hohe Belohnung gebeten.

Der deutsche Volksgefangenenverein aus Wien hat seine Konzerte durch Deutschland heute angetreten. Am 23. Mai mittags 3 Uhr wird er in Berlin am Zoo eintreffen. Das Hauptkonzert wird am 24. Mai 7 1/2 Uhr abends in der Wilhelmstraße stattfinden. 225 Männer und Frauen werden unter der künstlerischen Leitung ihres Cheordirektors Karl Dieblich die schönsten alpenländischen Volkslieder vortragen und insbesondere mit ihren charakteristischen kunstvoll verzierten Chorjockern einen tiefen Einblick in die uralte Volkskultur des österreichischen Volkstempels geben.

Jungen gesucht. Durch ein Fährtenet von hinten überfallen wurden zwei Radfahrer, eine Dame und ein Herr, am 2. Februar, abends um 9-9 1/2 Uhr, am Rie, auf der Charlottenburger Chaussee, von einem hinter ihnen fahrenden Wagen. Der Radfahrer fuhr im Stillstand davon und hinterließ die Ueberfahrenen ihrem Schicksal. Die Verfolgung wurde von Radfahrern aufgenommen. Diese und alle, die diesen Unfall mitangehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Abraham, Drantenburger Straße 26 II, zweites Straßenerkennung abzugeben.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, 14. Bezirk Neukölln. Die Mitgliederversammlung findet heute in den Döberlauerhöfen, Rottbuler Damm, abends 7 1/2, statt. Vortrag mit Experimenten über Suggestion und Hypnotismus und ihre Erklärung vom Freidenkerstandpunkt. — Gäste willkommen.

Die feindlichen Lehrer.

In Mittelgründau wurde der Lehrer Uhl beim Verlassen des Klassenzimmers während der Unterrichtspause durch einen Schuß durch den Rücken in den Leib lebensgefährlich verletzt. Den Schuß hat der in derselben Schule beschäftigte Lehrer Knies abgegeben, der mit Uhl seit Jahren in Streit lebt. Knies richtete dann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf. Der schwerverletzte Lehrer Uhl wurde nach Büdingen ins Krankenhaus gebracht. Die beiden Lehrer sind schon seit 20 Jahren an der Schule in Mittelgründau.

Ein geheimnisvoller Lödgenfund. Aus Mexiko wird gemeldet, daß aus dem Rio Grande bei Baredo 32 Leichen gelandet wurden. Man glaubt, daß es sich um Italiener und andere Ausländer handele, die bei dem Versuch, insgeheim nach Amerika zu gelangen, ermordet und beraubt worden sind.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, veränderlich, überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern und ziemlich frischen Südwestlichen bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Für den Kampffonds der SPD. wurden am 1. Mai vom Personal des Volksballets in Spandau: als 2. Rate 11 410 M. gesammelt und vom Genossen R. Kalsch an die Bezirkskasse eingekandt, worüber hierdurch mit bestem Dank quittiert wird. J. U.: Weg Bogels.

Heute, Mittwoch, den 23. Mai:

- 21. Abt. 7 1/2 Uhr Abend in folgenden Reihen: Gruppe 1 bei Schmidt, Marienburger Str. 48, Gruppe 1 a bei Heller, Annamaisstraße 26, Gruppe 2 bei Winger, Charlottenburger Str. 9, Gruppe 3 bei Göhl, Berliner Str. 2.
- 22. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in Schmidt's Hofküchen (ehemaliger Saal) Friedrichstr. 36 a. Thema: „Die Aufgaben der Partei“. Referent: Gen. Otto Meyer, M. d. L. Ihre Richtmitleber gilt der Einladungszettel als Ausweis. Die Parteistellungen müssen abgerechnet werden.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 24. Mai:

- 65. Abt. Solentee: 7 1/2 Uhr bei Göhl, Rurführerdamm 68. Thema: „Moderne Wohlfahrtsarbeit“. Referent: Gen. Stadtrat Schneider.
- 114. 115. und 117. Abt. Städtetage: Der Frauenabend 16 Uhr in diesem Monat aus.

Devisenkurse.

	23. Mai		22. Mai	
	Kaufkurs (Gold-Russ)	Verkaufkurs (Weiss-Russ)	Kaufkurs (Gold-Russ)	Verkaufkurs (Weiss-Russ)
1 holländischer Gulden . . .	21045,75	21754,25	21426,25	21558,75
1 argentinische Papier-Peso . . .	19875,18	19974,82	19915,18	20050,—
1 belgischer Franc	3179,05	3187,95	3182,12	3197,98
1 norwegische Krone	8977,50	9022,50	8902,65	8947,82
1 dänische Krone	10274,25	10325,75	10190,49	10250,57
1 schwedische Krone	14768,—	14837,—	14787,93	14862,07
1 finnische Mark	1516,90	1523,80	—	—
1 japanischer Yen	26688,75	26566,25	27191,87	27318,18
1 italienische Lire	2848,98	2861,64	2889,27	2896,73
1 Pfund Sterling	255888,75	257141,25	256850,25	258143,75
1 Dollar	55361,25	55638,75	56857,50	57142,50
1 französischer Franc	3870,90	3880,20	3890,75	3709,25
1 brasilianischer Milreis	5835,87	5864,13	5735,62	5764,88
1 Schweizer Franc	9950,06	9990,94	10124,02	10175,88
1 spanische Pesta	8820,12	8870,88	8683,61	8576,89
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	79,90	79,70
1 tschechische Krone	1632,90	1641,10	1695,75	1704,25
1 ungarische Krone	—	—	10,50	10,65
1 bulgarische Leva	453,88	450,14	453,88	450,14
1 jugoslawischer Dinar	—	—	584,53	450,14

